

---



---

## Innenpolitik

---



---

### 10 XVI. Parteitag der KPCh tagt in Beijing

Vom 8. bis 14. November tagte in der Hauptstadt der lang erwartete XVI. Parteitag der KPCh, auf dem eine Reihe parteipolitischer Weichenstellungen vollzogen und ein neues Zentralkomitee gewählt wurde. Dieses trat am 15. November zu seiner ersten Plenarsitzung zusammen, um die neuen Mitglieder des Politbüros und seines Ständigen Ausschusses sowie anderer Führungsgremien der Partei zu bestätigen.

Eine ausführliche Darstellung der neuen Führungsgeneration bieten die Beiträge im hinteren Teil dieses Heftes (Holbig/Liu). Ein weiterer Beitrag in der nächsten Ausgabe wird sich dann der Analyse der auf dem Parteitag beschlossenen parteipolitischen Inhalte widmen (Holbig). Spezifische Ergebnisse des Parteitags in außen-, bildungs- und wirtschaftspolitischer Hinsicht sind außerdem in einzelnen Übersichten unter den entsprechenden Rubriken dieses Heftes zusammengefasst.

Der Bericht Jiang Zemins, den dieser in seiner Funktion als bisheriger Generalsekretär der KPCh am ersten Sitzungstag des Kongresses verlas, und zahlreiche weitere Parteidokumente sowie Überblicksinformationen finden sich in chinesischer und englischer Sprache auf der offiziell eingerichteten Homepage [www.16congress.org.cn](http://www.16congress.org.cn). -hol-

### 11 Proteste am Rande des Parteitags

Aufgrund umfassender Sicherheitsvorkehrungen in der Hauptstadt und an wichtigen Verkehrsknotenpunkten im ganzen Land ist es am Rande des diesjährigen XVI. Parteitags in Beijing nur zu sehr vereinzelt Protestaktionen gekommen.

Wie auf den Kameraaufzeichnungen ausländischer Fernsichtteams festgehalten wurde, platzierten sich am Morgen

des 8. November, wenige Stunden vor der offiziellen Eröffnung des Parteitags, mehrere nicht näher identifizierte Personen vor den Stufen der Großen Halle des Volkes auf dem Tiananmen-Platz. Sie riefen Slogans und verteilten Flugblätter, die von Sicherheitskräften allerdings umgehend eingesammelt wurden; die Demonstrierenden wurden vom Platz entfernt. Nach Angaben der Hongkonger Presse sollen sich ähnliche Szenen im Laufe des Vormittags und erneut am Nachmittag des 8. November mehrmals wiederholt haben. Die Taktik individueller Spontanproteste legt mit einiger Wahrscheinlichkeit nahe, dass es sich bei den Demonstranten um Falungong-Anhänger handelte, die dadurch erneut gegen das Verbot ihrer Bewegung durch die parteistaatlichen Instanzen protestieren wollten.

Protestaktionen auf dem Tiananmen-Platz waren im Vorfeld des Parteitags außerdem von Bewohnern der Hauptstadt angekündigt worden, die von Umsiedlungsaktionen betroffen sind. Angeblich hatten sie geplant, auf dem Tiananmen-Platz in Zelten zu campieren, um so auf ihre Misere aufmerksam zu machen. Sicherheitskräfte verhinderten eine solche Aktion, die klare Reminiszenzen an die Proteste des Frühjahrs 1989 wachgerufen hätte, jedoch erfolgreich.

Schließlich strahlten die Arbeiterproteste in Nordostchina (vgl. C.a., 2002/3, Ü 11), die seit mehreren Monaten immer wieder aufflackerten, auf den Parteitag in Beijing aus. In Liaoyang, der Provinzhauptstadt Liaonings, forderten in der ersten Novemberwoche mehrere hundert Arbeiter die Freilassung mehrerer Arbeiterführer, die seit den groß angelegten Arbeiterunruhen im Frühjahr dieses Jahres von den Sicherheitsbehörden festgehalten werden. Nach Aussage der Tochter Yao Fuxiangs, einer der festgenommenen Arbeiterführer, hätten einige Abgesandte der Protestierenden aus Liaoyang versucht, unerkannt nach Beijing zu reisen, um anlässlich des Parteitags dort eine Petition zu übergeben. Es erscheint unwahrscheinlich, dass diese ihr Ziel tatsächlich erreichten.

Unklar ist ferner, ob eine Meldung über zwei Bombenfunde in verschiedenen Stadtteilen Beijings zutreffend ist.

Polizisten, so wurde berichtet, hätten die Bomben im zeitlichen Vorfeld des Parteitags entdeckt und entschärft. Freilich lässt sich nicht ausschließen, dass bestimmte Personenkreise tatsächlich Bombenattentate geplant haben. Im Kontext des internationalen „Anti-Terror-Kampfes“, der von der chinesischen Führung zum Vorgehen gegen unliebsame Gruppierungen im eigenen Land instrumentalisiert wird, ist aber auch denkbar, dass es sich bei den besagten Meldungen um fingierte Vorwände handeln könnte, um verschärfte Sicherheitsmaßnahmen zu legitimieren. (*Ming Pao* (Hongkong), 29.10., 6., 9.11.02, nach FBIS, 29.10., 6., 9.11.02; Hong Kong AFP, 8.11.02). -hol-

### 12 Tibetische Exilregierung setzt Ultimatum für Verhandlungen mit chinesischer Regierung

Offenbar unter dem Eindruck einer „Tauwetterperiode“ im tibetisch-chinesischen Verhältnis haben Vertreter der tibetischen Exilregierung ein – wenn auch relativ vages – Ultimatum für die Aufnahme eines Dialogs mit der chinesischen Regierung über die politische Zukunft Tibets gesetzt.

Mitte November äußerte Samdhong Rinpoche, der 63-jährige Ministerpräsident der Exilregierung, gegenüber ausländischen Journalisten, dass er hinsichtlich der Aussichten auf eine baldige Aufnahme von Verhandlungen mit dem neuen chinesischen Parteichef, Hu Jintao, durchaus optimistisch sei. Eine zeitliche Begrenzung der Verhandlungsbereitschaft deutete er mit den Worten an, dass die Bevölkerung Tibets „mindestens bis Juni 2003“ von provokativen Aktivitäten Abstand nehmen würde. Zugleich wies Samdhong Rinpoche, der als aussichtsreicher Nachfolger des Dalai Lama in dessen politischen Ämtern gilt, darauf hin, dass die Geduld einer Nation begrenzt sei und man nicht auf eine unbestimmte Zeit hinaus warten könne.

Seine Worte wurden durch Kesang Takla, Sprecher der exiltibetischen Vertretung in London, konkretisiert. Wie dieser erklärte, habe man die tibetische Bevölkerung wiederholt davor gewarnt, Zuflucht zur Gewalt zu

nehmen, doch drohe die Situation außer Kontrolle zu geraten, wenn von Beijing nicht bald Signale für politische Verhandlungen ausgingen. Die Exilregierung habe sich deshalb für ein Ultimatum entschlossen, auf dass die neue chinesische Führung sich möglichst schnell mit der Sache befasse, sobald sie sich in ihrer neuen Position zurechtgefunden habe.

Trotz der harten Politik Hu Jintaos während seiner Tätigkeit in der Autonomen Region Tibet in den späten 1980er Jahren, äußerte Kesang Takla weiter, bestünden mit dem Antritt der neuen Führungsmannschaft unter Hu gute Voraussetzungen für die Aufnahme eines Dialogs. Denn dieser Dialog sei nicht nur für die tibetische Bevölkerung, sondern auch für China selbst von großer Bedeutung.

Tatsächlich sind seit dem offiziellen Besuch zweier exiltibetischer Emissäre in China und Tibet im September dieses Jahres (vgl. C.a., 2002/9, Ü 11) von chinesischer Seite keinerlei Signale für eine Annäherung, geschweige denn eine „Taufperiode“ in den beiderseitigen Beziehungen mehr ausgegangen. Vielmehr kam es in der ersten Novemberwoche zu einer erneuten Verstimmung, als der Dalai Lama trotz heftiger Proteste chinesischer Diplomaten in die Äußere Mongolei reisen durfte. In Reaktion darauf soll die chinesische Seite unter dem Vorwand technischer Probleme für zwei Tage den Eisenbahn-Transportverkehr der Mongolei blockiert haben, wodurch der mongolischen Kupferindustrie, dem Hauptexportzweig des Landes, einiger Schaden entstanden sein soll.

Auch nahmen offizielle chinesische Vertreter inzwischen erneut die bekannten Vorwürfe gegen den Dalai Lama mit unverminderter Schärfe wieder auf. So wurde Legqog, der Gouverneur der Autonomen Region Tibets, Mitte November in den staatlichen Medien mit den Worten zitiert, dass der Dalai Lama das tibetische Volk niemals repräsentieren könne und auch bislang keinerlei positive Leistungen für Tibet erbracht habe. Sein jüngster Besuch in der Mongolei sei ein weiterer Beweis dafür, dass er danach strebe, seine separatistischen Ansichten unter dem Deckmantel der Religion in der internationalen Arena zu verbreiten.

Angesichts dieser fortgesetzt scharfen Zurückweisungen Beijings erscheint die augenscheinliche Annäherung in den Beziehungen, die im September durch den Besuch der beiden exiltibetischen Emissäre in China signalisiert war, im Nachhinein in erster Linie als ein Public-Relations-Instrument mit dem Ziel, im Vorfeld der USA-Reise von Staats- und Parteichef Jiang Zemin im Oktober eine positive internationale Atmosphäre zu schaffen. Den Hoffnungen der exiltibetischen Seite auf die baldige Aufnahme eines Dialogs sollten daher nur geringe Realisierungsaussichten eingeräumt werden. (XNA, 11.11.02; WSJ, 13.11.02; SCMP, 20.11.02) -hol-

### 13 Offizielle Zahlen zu Gewerkschaftsaktivitäten

Mitte November veröffentlichte die *Volkszeitung* aktuelle Zahlen zu den Aktivitäten und der Verbreitung von Gewerkschaften im staatlichen und nichtstaatlichen Sektor der Wirtschaft.

Wie dem Artikel zu entnehmen ist, verfügen landesweit mehr als 1,2 Mio. Unternehmen über eigene Gewerkschaftsorganisationen. Darunter haben bislang 635.000 Unternehmen, also knapp 49%, ein System „paritätischer Konsultationen und kollektiver Verträge“ eingerichtet, das gemäß des im letzten Jahr revidierten Gewerkschaftsgesetzes (vgl. C.a., 2001/8, Ü 11, 2001/10, Ü 10) die Mitsprachemöglichkeiten der Gewerkschaften bei der Ausgestaltung der betrieblichen Arbeitsbedingungen verbessern soll. Unter den neu gegründeten Unternehmen mit eigenen Gewerkschaftsorganisationen hätten bislang rund 375.000 bzw. über 36% dieses System eingeführt.

Zur Unterstützung bedürftiger Personengruppen, deren Einkommen aufgrund mangelnder Profitabilität der Unternehmen oder Arbeitslosigkeit nicht ausreiche, hätten Gewerkschaftsorganisationen gemeinsam mit Partei- und Regierungsorganen aller Ebenen in den vergangenen Jahren landesweit 10,4 Milliarden Yuan RMB mobilisiert. Mehr als 480.000 Unternehmen und knapp 40 Millionen Arbeiter seien in den Genuss entsprechender karitativer Hilfsleistungen gekommen. Ge-

werkschaftsorganisationen im ganzen Land führten auch die Listen hilfsbedürftiger Haushalte.

Ferner sei in vielen Betrieben das „demokratische Management“ verbessert worden. So hätten 327.000 Unternehmen landesweit ein System regelmäßiger Versammlungen von Belegschaftsvertretern eingeführt, von denen 84.000 Unternehmen aus dem nichtstaatlichen Sektor seien. In insgesamt 187.000 Staatsunternehmen hätten Belegschaftsvertreter inzwischen demokratische Mitspracherechte bei der Bestellung von Führungskadern. Knapp 251.000 Unternehmen hätten sich zur Transparenz betrieblicher Angelegenheiten gegenüber den Mitarbeitern entschlossen, davon 57.000 nichtstaatliche Unternehmen. (RMRB online, 14.11.02, nach FBIS, 14.11.02)

Interessant sind insbesondere die Zahlen zum nichtstaatlichen Sektor, da die Einführung von Gewerkschaftszellen – ebenso wie von Basisorganisationen der KPCh – erst vor wenigen Jahren auf breiterer Ebene begonnen hat. Im Frühjahr 2000 hatte Jiang Zemin persönlich gefordert, in Privatunternehmen, in denen „die Bedingungen reif“ seien, entsprechende organisatorische Strukturen zu schaffen, die den Einfluss der Partei auch im nichtstaatlichen Sektor der Wirtschaft sichern helfen sollten. Gerade in größeren Privatbetrieben fördert die Partei die Einrichtung von Gewerkschaftszellen, wobei diese organisatorisch häufig an die Parteizelle angebunden werden.

Leider ist es schwierig, den offiziell verlautbarten Statistiken zeitliche Trends zu entnehmen, da meist nur absolute Zahlen, oft beschränkt auf zeitliche Momentaufnahmen und regionale Größen, genannt werden. So hatte die Nachrichtenagentur Xinhua etwa im Oktober 2000 gemeldet, dass in der Provinz Zhejiang insgesamt bereits 50.000 Privatunternehmen (von insgesamt 180.000) in ihren Betrieben Gewerkschaftsvertretungen eingerichtet hätten (Xinhua, 20.10.00, nach BBC PF, 22.10.02). Diese Zahl aus dem Jahr 2000 erscheint sehr hoch im Vergleich etwa mit einer im Oktober 2002 ebenfalls von Xinhua bekannt gegebenen Zahl, wonach landesweit insgesamt 71.000 nichtstaatliche Unternehmen eigene Parteibasisorganisationen gegründet hätten – doppelt so viele wie im Jahr 1997 (XNA, 10.10.02).

Gewerkschaftsaktivitäten sind in China nach wie vor in das Modell eines parteistaatlich kontrollierten Korporatismus eingebunden, wie es im Allchinesischen Gewerkschaftsbund, dem nationalen Dachverband aller Gewerkschaften, realisiert ist (vgl. C.a., 2001/4, Ü 11). Zwar werden die Gewerkschaften durch die Gesetzesänderungen vom zurückliegenden Jahr nun mit konkreteren Funktionen eines aktiven Schutzes der Arbeitnehmerinteressen betraut, doch wird an der traditionellen Rolle der Gewerkschaften als „Brücke und Band der engen Verbindung der Partei mit den werktätigen Massen“ weiter festgehalten. Eine Zulassung unabhängiger Gewerkschaften, wie sie im In- und Ausland immer öfter gefordert wird, lässt sich gegenwärtig nicht absehen. -hol-

#### 14 Theaterinszenierung von Orwells *Farm der Tiere* in Beijing – drei mögliche Lesarten

Von den internationalen Medien mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, fand Mitte November im Experimentiertheater der zentralen Akademie für Dramaturgie in Beijing die Uraufführung einer chinesischen Theaterinszenierung von George Orwells Roman *Animal Farm* (dt.: *Die Farm der Tiere*) statt. Die theatralische Umsetzung der in die Tierwelt versetzten Satire auf die Exzesse totalitärer Gewalt, die Orwell im Jahr 1945 unter dem Eindruck des kommunistischen Regimes der damaligen Sowjetunion verfasst hatte, wurde allgemein als politische Sensation gewertet, zumal die Premiere am 15. November und damit just am Tag der offiziellen Ernennung der neuen Führungsriege unter dem neuen Generalsekretär der KPCh, Hu Jintao, stattfand.

Orwells *Animal Farm* wurde in China vor zwei Jahren von einem staatlichen Verlag in einer ungekürzten zweisprachigen Ausgabe publiziert; bislang sollen zwischen 5.000 und 7.000 Exemplare verkauft worden sein. Eine Adaption der politischen Satire für die Bühne ist nun aber erstmals vorgestellt worden. Regisseur der Theaterinszenierung ist der 30-jährige Shang Chengjun, der Orwells epische Vorlage selbst umgeschrieben hat. Nach Shangs eigener Darstellung hat er

das Stück durch einige Änderungen an den chinesischen Kontext angepasst, so etwa bei einem der tierischen Protagonisten durch Assoziationen an Jiang Qing, die letzte Frau Mao Zedongs und Mitglied der kulturrevolutionären „Viererbande“. Sein Theaterstück, so äußerte Shang in Interviews mit ausländischen Korrespondenten, sei nicht als Kommentar zur chinesischen Politik gedacht; vielmehr wolle er damit vor einer sich verbreitenden Selbstzufriedenheit in der Gesellschaft und der Blindheit gegenüber sozialen Missständen warnen. Nach dem Aufbau einer neuen Welt dürfe man nicht in Faulheit, Eigennützigkeit, Gleichgültigkeit, Ignoranz und Dummheit verfallen, wolle man nicht letztendlich sich selbst schaden und zum Opfer werden. Seine Warnungen richten sich dabei insbesondere an die in China entstehende Mittelklasse.

Die Inszenierung Shang Chengjuns und seine intendierte sozialkritische Botschaft scheint sich allerdings vielen möglichen Lesarten zu öffnen, wie bereits die stark verschiedenartige Resonanz der internationalen Presse auf das Stück zeigt.

Positiv beeindruckt zeigte sich etwa der Korrespondent der *Neuen Zürcher Zeitung* nicht nur von den schauspielerischen Leistungen, sondern vor allem auch von der eindringlichen Wirkung des Stückes auf das chinesische Publikum. In seiner Darstellung erkenne dieses durchaus die aktuelle politische und soziale Relevanz des Stückes: Das Stück vermittele eben nicht das „Gefühl, dass 'die da oben' und die herrschende Ideologie für die ganze Misere verantwortlich gemacht werden können“. Vielmehr frage sich jedermann betroffen, „ob er nicht selbst, aktiv oder passiv, Teil eines Apparats ist, der die Perversion der Werte betreibt und die ursprüngliche Befreiung durch ein neues, noch brutaleres Regime der Ausbeutung verdrängen lässt“ (NZZ, 25.11.02).

Dem Korrespondenten der *Chicago Tribune* hingegen zu Folge bietet der Regisseur Shang Chengjun mit seiner Inszenierung eine in ihrem politischen Satiregehalt stark verwässerte Version von Orwells Klassiker. Durch subtile Abänderungen, die Shang Chengjun vorgenommen habe (wie etwa der Freitod eines der Opfer totalitärer Gewalt

anstelle der bei Orwell beschriebenen brutalen Ermordung auf Veranlassung des Diktators), sei die Satire zu einem harmlosen populistischen Unterhaltungsprodukt verkommen. Shang Chengjun habe so „das Blut“ von den Händen totalitärer Herrschaft gewischt. „It's a decision the censors would applaud“, urteilt der Korrespondent geringschätzig. (*Chicago Tribune*, 24.11.02).

Eine dritte mögliche Lesart bietet schließlich ein Korrespondent der *Associated Press*, der Gelegenheit hatte, den Regisseur einige Tage nach Anlaufen des Stückes zu interviewen. Hier steht nicht das Problem potenzieller Zensur eines politisch kritischen Theaterstücks und die geschickte Umgehung dieser Zensur im Vordergrund – nach Aussage von Shangs Ehefrau habe man das Plazet der zuständigen Aufsichtsbehörden innerhalb von drei Tagen erhalten. Vielmehr bestehe das Problem in der Reaktion des Publikums. So sehr sich der Regisseur bemüht habe, eine einprägsame sozialkritische Botschaft zu vermitteln, käme diese beim Publikum, das sich zu den Aufführungen zunehmend spärlich einfinde, doch kaum an: „Audiences, however, don't seem to understand that theme – or get any message at all“, so die enttäuschte Einschätzung Shang Chengjuns selbst (*Associated Press*, 25.11.02).

Angesichts dieser stark abweichenden Lesarten ein und derselben Inszenierung durch verschiedene ausländische Beobachter drängt sich die Frage auf, wie sehr die Wahrnehmung von dessen Botschaft und Wirkung durch einen spezifisch westlichen Blick auf das „totalitäre kommunistische Regime“ geprägt ist. In jedem Fall ist anzunehmen, dass der politische und soziale Kontext, vor dem chinesische Zuschauer das Orwellsche Stück deuten, erheblich von der antitotalitären Deutung des internationalen Bildungsbürgertums abweicht, wie sie sich seit der Veröffentlichung der Satire im Jahr 1945 eingeschlichen hat. -hol-

## 15 Geplanter Abriss eines uighurischen Wohnviertels in Beijing

Wie aus einer Hongkonger Quelle bekannt geworden ist, ist das letzte uighurische Wohnviertel in Beijing für den Abriss vorgesehen. Das so genannte „Xinjiang-Dorf“ ist im Ganjiakou-Viertel im Stadtbezirk Haidian nordwestlich des Stadtzentrums gelegen. Mehrere hundert Uiguren leben hier in einstöckigen Ziegelhäusern, die entlang einer etwa zwei Meter engen Gasse gebaut wurden, auf der sich ein Teil des kulinarischen Lebens der turkstämmigen Bevölkerung abspielt.

Einen Grund für den geplanten Abriss nannte die zuständige Stadtplanungsbehörde des Bezirks Haidian bislang nicht. Ein Vertreter der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften schloss aus, dass ein Zusammenhang mit den Maßnahmen der parteistaatlichen Führung zur Bekämpfung der Aktivitäten von – in der offiziellen Sprachregelung – uighurischen „Terroristen“; die in Beijing lebenden Uiguren würden nicht als potenzielle Terroristen betrachtet.

Im vergangenen Jahr war ein anderes, im Viertel Weigongcun gelegenes „Xinjiang-Dorf“ abgerissen worden. Die Stadtplanungsbehörden hatten den Schritt damals mit Behinderungen des städtischen Verkehrs und anderen Störungen begründet, die angeblich von dem Wohnviertel ausgingen. Damit ist das „Xinjiang-Dorf“ in Ganjiakou das letzte in Beijing verbleibende Wohnviertel von Uiguren.

Unklar ist, wo die betroffenen Familien eine neue Unterkunft finden werden. In der Mehrzahl handelt es sich um Migrantenfamilien, die in die Hauptstadt gezogen sind, um dort Handel zu treiben oder ein Restaurant zu eröffnen. Nach Aussagen eines der Betroffenen sollen die Bewohner des Wohnviertels nach Changping, einem Vorort im Norden Beijings, umgesiedelt werden. (SCMP, 26.11.02) -hol-

---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---

### 16 XVI. Parteitag: Ambivalente Stellung von Bildung und Wissenschaft

Die internationale Situation erfährt derzeit grundlegende Veränderungen, stellte Generalsekretär Jiang Zemin am Beginn seines Berichts auf dem XVI. Parteitag fest, der vom 8. bis 14. November 2002 stattfand (engl. Übers. der längeren schriftlichen Fassung in RMRB engl. online, 18.11.02). Wesentlicher Teil dieser Veränderungen sei der rasante Fortschritt in Wissenschaft und Technologie, der China dazu zwingt, die sozialistische Modernisierung zu beschleunigen, wolle es nicht im internationalen Wettbewerb zurückfallen.

Diesem Credo entsprechend finden sich Aussagen zur Bedeutung von Wissenschaft, Technologie und Bildung in nahezu allen Kapiteln der Rede. Nachdem Jiang zunächst auf die Erfahrungen der Vergangenheit eingeht, kommt er im zweiten Kapitel auf seinen eigenen theoretischen Beitrag, die „Drei Repräsentationen“, zu sprechen. Diese, so betont er, seien erarbeitet worden auf der Basis einer wissenschaftlichen Beurteilung der historischen Position der Partei. Innovation sei die Grundlage des nationalen Fortschritts und theoretische Innovation, basierend auf der Praxis, gehe der sozialen Entwicklung und gesellschaftlichen Veränderung voraus. Dementsprechend müsse auch die soziale Basis des Sozialismus bzw. der Kommunistischen Partei erweitert werden. Zusätzlich zur Arbeiterklasse, die die intellektuellen einschließe, hätten sich weitere soziale Kräfte zu Erbauern des Sozialismus mit chinesischen Merkmalen entwickelt. Und er nennt neben den Privatunternehmern, denen die volle Aufmerksamkeit der westlichen Medien gilt, auch das technische Personal in nichtstaatlichen und ausländischen Unternehmen. Insgesamt müsse eine soziale Umgebung geschaffen werden, in der alle Menschen in China ermutigt würden, ihre Kräfte zur Ent-

wicklung u.a. von Wissen und Technologie freizusetzen. Mit Hilfe der „Drei Repräsentationen“ müsse die ganze Partei zur Innovation befähigt werden, nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch, um so die sozialistische Modernisierung voranzubringen.

Bestandteile einer Gesellschaft von „bescheidenem Wohlstand“, deren Errichtung das dritte Kapitel gewidmet ist, sind laut Jiang auch ein modernes nationales Bildungssystem, ein wissenschaftliches, technologisches und kulturelles Innovationssystem sowie ein landesweites Gesundheitssystem. Die ideologischen und ethischen Standards der Bevölkerung müssten ebenso wie ihre wissenschaftlichen und kulturellen Qualitäten sowie ihre Gesundheit deutlich verbessert werden. Jiang spricht in diesem Zusammenhang von der Schaffung einer „lernenden Gesellschaft“: Lebenslanges Lernen werde die umfassende Entwicklung beflügeln.

Die deutlichsten Aussagen zur Bedeutung von Wissenschaft und Bildung trifft Jiang in diesem Kapitel, wenn er auf die Hauptaufgaben der kommenden zwei Dekaden zu sprechen kommt. An erster Stelle fordert er dazu auf, einen neuen Weg der Industrialisierung einzuschlagen und die Strategie zu verfolgen, das Land mittels Wissenschaft und Erziehung zu verjüngen sowie diese Entwicklung dauerhaft zu gestalten. Die Anwendung der Informationstechnologie sei die logische Wahl, wenn Industrialisierung und Modernisierung beschleunigt werden sollen. IT-Anwendungen sollten daher verstärkt angeregt und genutzt werden. Dies werde nicht nur bessere wirtschaftliche Ergebnisse bringen, sondern auch den Ressourceneinsatz und damit die Umweltverschmutzung verringern.

Die industriellen Strukturen müssten dementsprechend optimiert werden, damit die Hightech- und neuen technologischen Industrien die Führung übernehmen könnten. „We must give priority to the development of the information industry and apply IT in all areas of economic and social development.“ Traditionelle Industrien müssten mit Hilfe neuer Technologien umgebaut werden, wobei Jiang wohl nicht zuletzt mit Blick auf den Arbeitsmarkt ergänzt, eine gesunde Ba-